



Links.Blick

4. Ausgabe / Dezember 2018

DIE LINKE Zeitung aus Cottbus

Für ein Recht auf gute Arbeit und gutes Leben

Eine Kernforderung der LINKEN

Soziale Leistungen kommen nicht aus dem Nichts. Sicher, die Arbeitsmarktlage hat sich verbessert. Auch im Osten, auch in Cottbus. Aber wie sieht diese Besserung aus? Ja, Leute, die für ihre gute Arbeit gutes Geld bekommen gibt es. Auch hier.

Es wächst aber die Zahl derer, die mit ihren Familien von ihrer Arbeit nicht wirklich gut leben können. Das ist der Gipfel der Ungerechtigkeit. Oder zunehmend Rentenbezieher, die ein Leben lang treu und brav jeden Tag ihre Leistung gebracht haben und heute auf eine mehr oder weniger mickrige Rente schauen.

DIE LINKE hat dazu auf ihrem Parteitag im Mai dieses Jahres festgestellt: Wir wollen eine soziale Offensive, die das Leben für alle

Menschen besser macht: mit bezahlbarem Wohnraum, guter Bildung und Arbeit. Eine solche sozi-

ales Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinnen sowie eine zeitlich befristete

Vermögensabgabe für Superreiche finanzieren. Sicher, die Bundesrepublik hat ein Sozialsystem das in Europa (noch) Spitze ist.

Das reicht doch aber als Orientierung nicht aus. Wenn wir den Maßstab der Schwachen ansetzen, zeigt auch bei uns der Pfeil weiter nach unten. Und diese Entwicklung gibt es

spätestens seit der Agenda 2010 unter Bundeskanzler Schröder.

E. Richter

35 Cent mehr Mindestlohn.

Ist das alles?

Soll das ein Witz sein? Der Mindestlohn wird 2019 von 8,84 Euro geringfügig auf 9,19 Euro erhöht. Aber wer im Alter nicht in Armut leben will, muss mindestens 12,63 Euro pro Stunde verdienen.*



*Um eine Nettorente oberhalb dieses Grundsicherungsniveaus zu erhalten, werden aktuell 29,5 Entgeltpunkte benötigt. Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre aktuell rechnerisch ein Stundenlohn von 12,63 Euro erforderlich.

Blick zurück:

Im Mai wird ein neues Stadtparlament gewählt. Zeit zur Überprüfung, welche Wahlversprechen DIE LINKE eingehalten hat und was für Cottbus erreicht wurde.

Seite 3

Blick nach vorn:

Nach dem Medikamentenskandal stellt DIE LINKE im Land die Weichen im Sozialministerium neu. Ein Interview mit Ministerin Karawanskij und Staatssekretär Büttner.

Seite 7

Kritischer Blick:

Entgegen den Festlegungen im eigenen Koalitionsvertrag exportiert die Bundesregierung weiterhin Waffen an Saudi-Arabien. Ein Artikel von Stefan Liebich (MdB).

Seite 9

In eigener Sache:

Kommunalwahlen 2019: Mitmachen. Verändern.

Die Kommunalwahlen im Land Brandenburg finden am 26. Mai 2019 – zusammen mit der Europawahl – statt. Somit werden alle Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen neu gewählt.

Für DIE LINKE engagieren sich seit Jahren viele Menschen in der Kommunalpolitik, um die Bedingungen vor Ort in ihrer Kommune zu verbessern. Davon leben unsere Städte und Dörfer – dass Menschen sich einbringen, mitmachen und verändern. Wir freuen uns über jeden, der bereit ist, sich für soziale und gerechte Politik in seiner Kommune einzusetzen.

Warum für DIE LINKE kandidieren?

Weil DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit steht - im Großen wie im Kleinen.

Zudem ist es sinnvoll, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun. Wir haben Erfahrungen auf allen Ebenen der Politik. Wir übernehmen alle Formalien zur

Einreichung der Kandidatur. Unterstützerunterschriften, wie bei Einzelkandidaturen, sind nicht nötig.

Wir bieten den Austausch mit erfahrenen Kommunalpolitiker*innen und auch Politiker*innen aus



Land- oder Bundestag. Zudem besteht die Möglichkeit, Schulungen und Weiterbildungen in der Kommunalpolitik in Anspruch zu nehmen.

Man kann auf unseren Listen auch kandidieren, ohne Mitglied der LINKEN zu sein, wenn man sich mit unseren Grundsätzen identifiziert.

Bei uns kann man mitmachen und verändern – in der Partei und in der Kommunalpolitik, in Cottbus und im Landkreis Spree-Neiße.

Die Voraussetzungen sind denkbar einfach: Sie müssen am Wahltag, dem 26. Mai 2019, mindestens achtzehn Jahre alt und Bürger eines EU-Mitgliedslandes sein, sowie seit mindestens drei Monaten in der Stadt oder Gemeinde Ihren Wohn- und Lebensmittelpunkt haben, in der Sie kandidieren wollen.

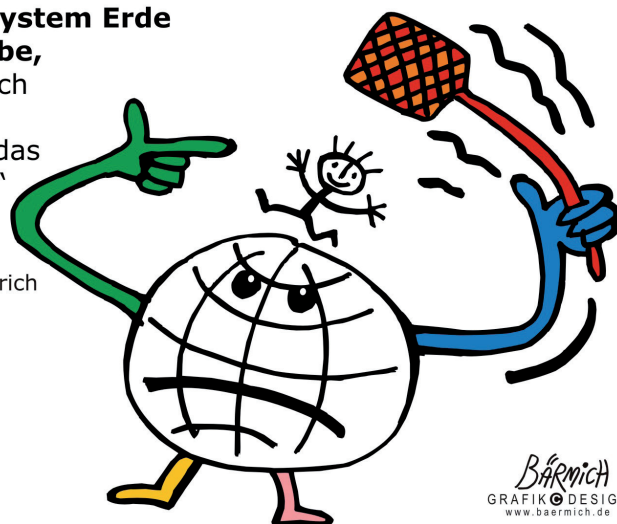
Wenn Sie Interesse daran haben, für DIE LINKE zur Kommunalwahl anzutreten und über die Zukunft ihrer Stadt oder Gemeinde mitzuentcheiden, dann melden Sie sich einfach unter info@dielinke-lausitz.de oder rufen Sie uns einfach unter 0355/ 22440 an.

Deutschland?
Tanz auf den Gipfeln
der Ignoranz.
Paddeln im Meer
der Allwissenheit.
BILDungsbürgertum

Gerd E. Richter

Jedes Lebewesen hat im Ökosystem Erde seine Aufgabe, nur der Mensch hat keine. Dafür hat er das Wort „Parasit“ erfunden.

Bernd-Ingo Friedrich



Bärmich
GRAFIK DESIGN
www.baermich.de

Fünf Jahre linke Stadtpolitik – ein Blick zurück

Alle fünf Jahre werden in Brandenburg die kommunalen Parlamente neu gewählt. Im Mai 2019 ist es wieder soweit. Somit geht eine Legislaturperiode – immerhin ein halbes Jahrzehnt lang – ihrem Ende entgegen.

Vor einer Wahl machen Parteien immer zahlreiche Versprechungen, um Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, ihr Kreuz an „der richtigen“ Stelle zu machen. Natürlich macht DIE LINKE da keine Ausnahme. Gegen Ende der Wahlperiode ist somit sicherlich ein geeigneter Zeitpunkt zu überprüfen, welche Punkte aus dem Wahlprogramm tatsächlich umgesetzt wurden und was noch aussteht.

Eine zentrale Forderung der LINKEN zur Kommunalwahl 2014 war die Stärkung des öffentlichen Eigentums. „Die Daseinsvorsorge gehört nicht in die Hände von Finanzspekulanten. Kommunale Betriebe sollen erhalten und weiter gestärkt werden“ wurde hierzu im Wahlprogramm formuliert. Außerdem wurde „die Rückführung eines beherrschenden Anteils an den Stadtwerken Cottbus in kommunale Hand“ gefordert. Während in der Wahlperiode keine kommunale Einrichtung privatisiert wurde, sind die Stadtwerke inzwischen weitestgehend rekommunalisiert.

Bereits 2014 hat DIE LINKE eine bessere „Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Ordnungsbehörden und der Landespolizei“, um damit mehr Sicherheit für die Bürgerinnen

und Bürger zu gewährleisten. Mit dem im April beschlossenen Antrag zur Einrichtung eines gemeinsamen Sicherheitszentrums von Ordnungsamt und Polizei („City-Wache“), konnten wir dieses Vorhaben auf den Weg schicken. Aktuell arbeitet die Stadtverwaltung an der Umsetzung dieses Projekts.

Im Bereich Bildung und Jugend ging



Aktuell arbeiten acht Stadtverordnete der LINKEN für ein gerechtes und lebenswertes Cottbus. Mit Ihrer Unterstützung sollen es nach der Kommunalwahl 2019 wieder mehr sein.

die Linkspartei mit der Forderung nach einem Schulsozialarbeiter für jede Schule ins Rennen. Auch das konnte in den vergangenen fünf Jahren erreicht werden. Darüber hinaus setzte sich DIE LINKE dafür ein, dass die Mittel für die Jugendförderung kontinuierlich anwachsen, um durch Lohnsteigerungen für die Mitarbeiter in diesem Bereich nicht wichtige Projekte zu gefährden. Mit dem im Oktober beschlossenen Haushalt für das Jahr 2019 wurde diese fortlaufende Erhöhung der Gelder erstmalig beschlossen.

Ebenfalls im Programm fanden sich Formulierungen zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Insbesondere „der Erhalt des Netzes, vor allem das der Straßenbahn“ wurde zu einem wichtigen Vorhaben erklärt. Der bestehende Fuhrpark ist stark überaltert und erfüllt die Voraussetzungen für einen barrierefreien ÖPNV nicht. Deshalb war das Thema ein Dauerbrenner in dieser Legislaturpe-

riode. Ein Antrag der Linksfraktion im Mai 2017, in dem die Stadt die Anschaffung neuer Straßenbahnen aus eigener Kraft prüfen sollte, fand seinerzeit keine Mehrheit. Insbesondere am ideologischen Widerstand der CDU scheiterte der Antrag. Aber Beharrlichkeit zahlt sich sprichwörtlich aus. Ein Jahr später schloss sich die Stadtverordnetenversammlung dem

Vorhaben zur gemeinsamen Beschaffung neuer Bahnen mit den Städten Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel an. Mit den ersten neuen Straßenbahnen kann Cottbus im

Jahr 2020 rechnen. Ein Erfolg, der auf die Initiative der LINKEN zurückgeht.

Ein Blick zurück muss natürlich auch selbstkritisch sein. Für die Forderung, dass kein weiteres Einkaufszentrum in der Cottbuser Innenstadt („Bleichen Carré II“) gebaut wird, wurde keine Mehrheit gefunden. Unverändert spricht sich die Linksfraktion gegen den Neubau aus, da er für den Einzelhandel überflüssig ist und die Fläche für andere Vorhaben besser genutzt werden könnte.

Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind begrenzt, da sich das Grundstück in privater Hand befindet. Aber auch der politische Wille für eine andere Lösung ist nicht vorhanden. Auch wenn die sogenannte Flaniermeile bereits gebaut ist – vom Einkaufszentrum fehlt weiterhin jede Spur. Ob zur Kommunalwahl 2019 – ein halbes Jahrzehnt später – der Baubeginn erfolgt ist, wird man sehen.

Christopher Neumann

Sozialreport der Stadt Cottbus

Im Juni 2015 hatte die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Erarbeitung eines Sozialberichtes gestellt. Im April 2018 war es dann soweit: der Sozialreport liegt vor. Er beleuchtet die Entwicklung von 2005 bis 2015 in den verschiedenen sozialen Feldern in Cottbus. Ab jetzt wird er alle 2-3 Jahre fortgeschrieben. Dieser Report soll die Basis für sozialpolitische Entscheidungen auf kommunaler Ebene sein. Hört sich kompliziert an, wird aber ganz schnell irdisch und verständlich. Schauen wir mal in verschiedene Bereiche.

Die Bevölkerungsentwicklung

Großstadt hin oder her. Cottbus hat seit 1990 dramatisch an Einwohnern verloren. Von knapp 130.000 ging es auf unter 100.000. Gut, zurzeit liegen wir leicht darüber (im Oktober etwa 100.300), das ist aber wahrscheinlich nicht mehr lange zu

Der Blick von LINKS:

Die kommunale Wohnungsgesellschaft muss ihren Bestand auf die veränderte Zusammensetzung der Mieter ausrichten. Mehr Zwei- und Ein-Personen-Haushalte, altersgerecht bzw. barrierefrei.

Der öffentliche Personennahverkehr muss zukunftsfest gemacht werden. DIE LINKE hat 2017 über ein Antragsverfahren die Neuanschaffung von Straßenbahnen auf den Weg gebracht.

Bei der, vergleichsweise, guten Versorgung mit Ärzten ist gegenüber der Landespolitik klar zu stellen, dass Cottbuser Mediziner auch von vielen Patienten aus dem Umland aufgesucht werden. Also muss die Zahl der Praxen dem entsprechen.

halten. Für 2035 liegt die Prognosegar bei 89.000 Menschen. Das ist nicht nur eine Zahlenspielerlei, sondern bedeutet bares Geld bei den Zuweisungen aus Potsdam für die Stadtkasse. Den Schub nach oben verdanken wir eindeutig der Zuwanderung der letzten Jahre.

Die Aufgaben liegen aber noch eine Ebene darüber. Das ist die sich verändernde Zusammensetzung in den Altersgruppen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist jetzt noch einmal kurz und kräftig angestiegen. Stichwort Kindergarten- und Schulplätze. Das muss geregelt werden. Schnell. Ab spätestens Ende der 20er Jahre sinken diese Zahlen wieder. Das ist keine Spökenkikerei, sondern hängt mit der Zahl derer zusammen, die dann Mütter sein können. Eine Frau, die in den Jahren um 2010-15 nicht geboren wurde, kann dann auch keine Kinder bekommen.

Noch gravierender ist die Veränderung bei den Menschen im Rentenalter. Die Lebenserwartung steigt – gut so. Damit verschiebt sich aber die Relation. Heute gehört etwa ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner in diese Gruppe. Im Jahr 2035 werden es mehr als ein Drittel sein. Das hat etwas zu tun mit altersgerechtem Wohnraum, mit Wegen zum Einkaufen, mit Bus und Straßenbahn, mit Ärzten usw. Die Weichen sind heute zu stellen.

Die Einkommensentwicklung

Die Einkommensentwicklung war in den betrachteten Jahren grundsätzlich positiv. (Anstieg von 2005 bis 2015 um durchschnittlich 20%) Es muss aber

Der Blick von LINKS:

Der Mindestlohn muss so angehoben werden, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und später eine ausreichende Rente erzielen können.

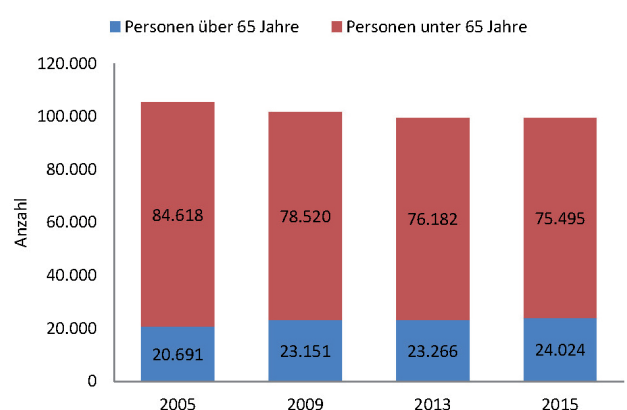
Die Wohnungspolitik muss so ausgerichtet sein, dass zumutbare Wohnungen bezahlbar bleiben.

Für Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chancen haben, muss es einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geben.

beachtet werden, dass dem guten Anstieg in einzelnen Bereichen eine starke Gruppe von sehr geringen Einkommen gegenübersteht. Rund 10.000 Personen (einschließlich der betroffenen Kinder) erhielten Leistungen aus dem SGB II (Hartz 4). Darunter sind aber auch rund 3.500 Menschen die arbeiten und ergänzende Leistungen erhalten, weil das Einkommen unterhalb des Hartz IV – Satzes liegt.

Das bedeutet auch eine unzureichende Anzahl von Rentenpunkten. Der Mindestlohn hat das etwas verbessert – reicht aber in der Höhe noch lange nicht aus. Dazu ein Zitat aus dem Report: Auf Grund der demografischen Entwicklung in der Rentenversicherung drohen Versorgungslücken im Alter.

Entwicklung der Anzahl Personen über 65 Jahre



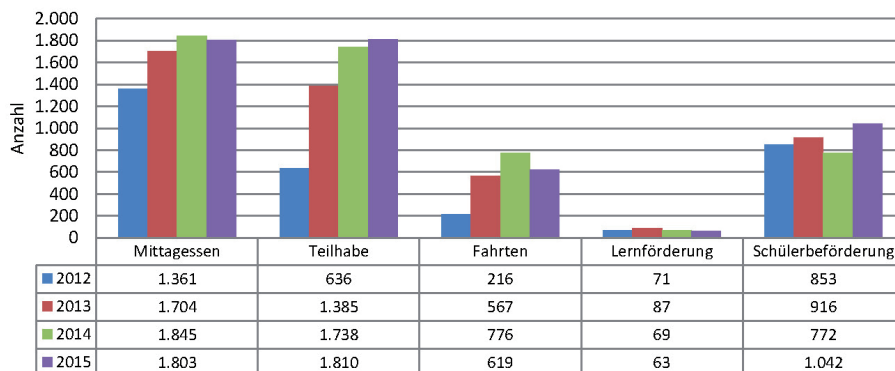
Der Blick von LINKS:

Bildung muss für alle Heranwachsenden, vom Kindergarten bis zur Uni kostenlos sein. Die mittelfristige Abschaffung der Kitabeiträge der Eltern gehört dazu.

Die Mittel für die Jugendförderung sind als wesentlicher Teil der Prävention den wirklichen Bedingungen anzupassen. Jeder Euro, der für die sinnvolle Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ausgegeben wird, hilft, sie für das Leben zu rüsten.

Jede Schule braucht ein oder zwei Sozialpädagogen. Diese Frauen und Männer vom Fach sind unverzichtbare Ansprechpartner für Heranwachsende, egal aus welcher sozialen Schicht.

Entwicklung der Leistungen im Bereich BuT



selbstverständlich sein. Besondere Anstrengungen, so der Sozialreport, sind für Heranwachsende notwendig, die einen schwierigen Start ins Leben haben. Das kann soziale oder gesundheitliche Gründe haben. Für sie stehen Leistungen zur Bildung und Teilhabe zur Verfügung, die in Cottbus insgesamt gut genutzt werden. Für fast 2.000 Kinder werden Zuschüsse für ein Mittagessen gezahlt, Etwa genauso viele erhalten Leistungen zur Teilhabe, z.B. Zuschüsse zu Kosten für Sportvereine und Klassenfahrten.

gibt vermutlich einen Zusammenhang mit der höheren Lebenserwartung. Die Fragen der notwendigen Versorgung und Betreuung dieser Personen ist durch Bundes- und Landesgesetze geregelt.

Die Aufgabe der Stadt Cottbus besteht darüber hinaus in der Sicherung der Teilhabe. Ein entsprechender Plan ist, natürlich unter aktiver Mitarbeit der Fraktion DIE LINKE, erarbeitet und im Jahr 2018 beschlossen worden. Die Umsetzung und ständige Aktualisierung ist die Aufgabe der nächsten Jahre.

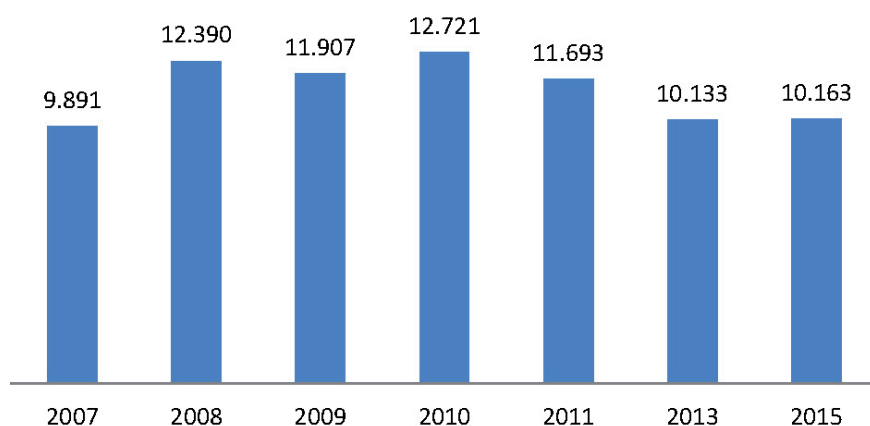
Kinder und Jugendliche

Kinder sind die Zukunft jeder Gesellschaft. Darunter auch Kinder die mit ihren Eltern vor Krieg und Elend geflohen sind und bei uns Aufnahme gefunden haben. Die Altersgruppe von 0-25 Jahre umfasst in Cottbus rund 20 % der Einwohner. Für alle Kinder sollten die Chancen auf eine gute Bildung, vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung,

Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit

In unserer Stadt sind etwa 20.000 Personen von verschiedenen Behinderungen betroffen. Bei rund 10.000 von ihnen liegt eine Behinderung von über 50 % vor. Sie gelten als schwerbehindert. Die Zahl steigt langsam aber stetig an. Es

Entwicklung der Anzahl schwerbehinderter Menschen (ab GdB 50 %)



Der Blick von LINKS:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Teilhabe. Kommunalpolitik muss dafür sorgen, dass das zur Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung und den städtischen Einrichtungen wird.

Jede Handlung, jedes Konzept, jeder Bauplan usw. muss immer unter dem Aspekt bewertet werden, dass jede Cottbuserin und jeder Cottbuser unabhängig von seiner persönlichen Situation die Chance der Teilhabe hat. Private Akteure (Geschäfte, Dienstleister, Bauherren usw.) sind aufgefordert, diesen Aspekt des Lebens ebenfalls zu beachten.

LINKE befürwortet Absage an „Branitz Garden“

Die Pläne der Branitz Garden GmbH, das Gelände der ehemaligen Gärtnerei in der Branitzer Siedlung mit Einfamilienhäusern zu bebauen, werden in der Stadt aktuell heiß diskutiert. In der jüngsten Sitzung des Bauausschusses der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung stellte die Stadtverwaltung nochmals klar, dass diese Pläne rechtlich nicht realisierbar sind.

So sieht das Baugesetzbuch (BauGB) in diesem sogenannten Außenbereich klare Einschränkungen vor. Der Flächennutzungsplan der Stadt

Cottbus legt darüber hinaus fest, dass die Fläche lediglich landwirtschaftlich genutzt werden darf. Außerdem stehen Denkmalsvorschriften einer Wohnbebauung entgegen, da es sich um einen Teil der Branitzer Parklandschaft handelt. Drei verschiedenen Rechtsquellen, welche die Pläne von „Branitz Garden“ von vornherein unmöglich machten.

Hierzu sagt André Kaun, Vorsitzender der Cottbuser Linksfraktion: „Der Stadt unfaire Praktiken im Zusammenhang mit dem Grundstückserwerb vorzuwerfen, wie es die Leute von Branitz Garden jetzt machen, ist absoluter Blödsinn. Wenn sie nicht in der Lage waren, ihr Vorhaben auf

Außerdem verweist DIE LINKE auf den Widerspruch des Vorhabens zur eigentlichen städtebaulichen Prioritätensetzung. „Aktuell werden große Anstrengungen in die Schaffung von bezahlbarem innerstädtischen Wohnraum gesteckt. Dieses Vorgehen unterstützen wir ausdrücklich.



Eine neue Einfamilienhaussiedlung im Außenbereich der Stadt sollte nicht die dringlichste Aufgabe sein. Hier handelt es sich wohl eher um den Wunsch eines Inves-

tors, viel Geld zu machen.

Aus unserer Sicht kommen Ausnahmen dafür nicht infrage.“, so Kaun weiter und ergänzt: „Für die illegal gefällten Bäume muss es ein fettes Bußgeld geben.“

Christopher Neumann

Neuer Internetauftritt der Lausitzer LINKEN

Seit Mitte Oktober ist DIE LINKE in Cottbus und Spree-Neiße mit ihrer überarbeiteten Internetseite online. Unter www.dielinke-lausitz.de finden Sie zukünftig aktuelle Informationen

über unsere politische Arbeit in der Region in einem neuen Layout. Dieses ist nun endlich auch für mobile Endgeräte, wie beispielsweise Smartphones, gut lesbar.

Außerdem präsentiert sich unsere Fraktion in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung mit einer ei-

genen Facebook-Seite. Regelmäßig berichten unsere Kommunalpolitiker über die Arbeit der Linksfraktion, parlamentarische Initiativen und Debattebeiträge zu aktuellen Themen.

Sie finden die Seite direkt unter: Fraktion DIE LINKE Cottbus.

Beirat für Integration und Migration gebildet

In der Stadt Cottbus arbeiteten bisher ein Seniorenbeirat und ein Beirat für Menschen mit Behinderungen. Auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne wurden im Oktober die-

ses Jahres Frauen und Männer in den Beirat für Integration und Migration berufen.

Beiräte haben die Aufgabe innerhalb der Kommunalpolitik den Blick auf die Gruppen und ihre Interessen oder Besonderheiten zu schärfen, die sie vertreten. Sie sind beratende Gremien für Entscheidungen in der Stadtverwaltung in den Ausschüssen

und der Stadtverordnetenversammlung Cottbus.

Dem neuen Beirat gehören elf Frauen und Männer aus elf verschiedenen Herkunftsländern an. Vier von ihnen haben in den vergangenen Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Eine Bedingung im Rahmen der offenen Bewerbung als Mitglied war die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache. *Red.*

Die Neuen im Ministerium: Susanna Karawanskij und Andreas Büttner

Frau Karawanskij, nach Ihrer ersten Rede im Landtag bezeichnete Sie eine Tageszeitung als „solide und entschlossen“. Finden Sie sich darin wieder?

Karawanskij. Solide klingt etwas altbacken, aber wenn die Arbeit als solide bezeichnet wird, so werte ich das in der Anfangsphase positiv. Entschlossen bin ich, das stimmt. Die mir anvertraute, riesige Aufgabe will ich anpacken. Ich bin voller Enthusiasmus, gehe aber auch immer noch jeden Tag mit großem Respekt in das Ministerium. Viel Zeit für Nervosität blieb mir bei der Termindichte in den ersten Tagen nicht. Die freundliche Begrüßung im Haus, die positive Resonanz und der große Zuspruch ebneten mir schnell den Weg an die Arbeit. Und die ist umfassend, was schon der Name des Ministeriums ausdrückt - Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen.

Herr Büttner, Ihnen wird nachgesagt, Sie seien ein Mann mit wechselnden Parteibüchern. Was sagen Sie dazu?

Büttner. Stimmt. Und ich stehe dazu. Vielleicht bin ich heute ein überzeugter Linker, weil ich die Junge Union und die FDP von innen erlebt habe. Ich stieß vor allem mit meinen Gedanken zu sozialer Gerechtigkeit an Grenzen. Es hat ´ne Weile gedauert, bis ich dahinter gekommen bin, was mich an den beiden Parteien störte.

Seit wenigen Tagen sind Sie Staatssekretär. Wie fühlen Sie sich?

Büttner. Ich habe gar keine Zeit, darüber nachzudenken. Die ersten Tage waren randvoll mit Terminen, Beratungen, Gesprächen, Lesen, Vorgänge bearbeiten. Und - was mich besonders freut - Unterstützungsangeboten. Die Beschäftigten sind hochmotiviert und zeigen das auch. Dieses große Ministerium ist insgesamt ein tolles Team. Ich werde alles daran setzen, die positive Stimmung zu bewahren.

Und was ist mit Lunapharm?

Büttner. Dieses Thema hat alle Beteiligten an die Grenzen der Belastbarkeit getrieben und tut es noch. Es hat vor allem offenbart, wie wichtig eine gut strukturierte und konsequente sowie personell gut ausgestattete Aufsichtsbehörde ist. Je mehr ich mich in dieses Thema einarbeite, desto deutlicher wird aber auch, mit welchem kriminellen Labyrinth wir es zu tun haben. Schon jetzt muss ich eingestehen, dass eine Landesbehörde allein damit überfordert ist. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, mit den anderen Bundesländern, dem Bund und der Europäischen Arzneimittelaufsicht.

Karawanskij. Wir waren gemeinsam in Wünsdorf und haben uns das Landesamt genau angesehen. Die Aufarbeitung ist das eine. Die wird auch nur in enger Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden, bundes- und europaweit möglich sein. Auf der anderen Seite sind die betroffenen Patientinnen und Patienten, auch Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker.

Da ist viel an Vertrauen in das Ministerium zerstört worden. Ich habe mir fest vorgenommen, das gemeinsam mit dem Ressort wieder herzustellen. Durch harte Arbeit, Gespräche und Veranstaltungen. Zudem werde ich mich kurzfristig an den Bundesgesundheitsminister mit der Bitte wenden, das Thema Arzneimittelsicherheit, Reimporte, länderübergreifende Aufsicht auf den Prüfstand zu stellen. Lunapharm ist längst kein Einzelbeispiel.

Haben Sie angesichts des Medikamentskandals überhaupt noch Zeit für anderes.

Karawanskij. Das geht natürlich nur mit Arbeitsteilung und Verlässlichkeit, wenn man sich auf seine Abteilungsleiter und die Beschäftigten verlassen kann. Und das tue ich, denn ich spüre im Haus vielfach den Wunsch nach Anerkennung von innen und außen. Das ist eine gute Basis.

In Brandenburg wurde viel erreicht, worauf wir gemeinsam wirklich stolz sein können. Ein paar Stichpunkte. Arbeitslosigkeit einstellig,

Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose, Schulgesundheitsfachkraft, Telemedizin, Kita mit Biss, Krankenhäuser mit Ideen in allen Regionen, runder Tisch gegen Kinderarmut, ausgeprägtes Ehrenamt auch in der Flüchtlingsintegration, Gesundheitskarte für Geflüchtete. All das kommt nicht von ungefähr. Dafür braucht es politischen Willen, Engagement und Geld. Und da hoffe ich auf das soziale Gewissen des Landtages. Denn es gibt immer noch einiges zu tun. Ärzte aufs Land, Hebammenausbildung, Mindestlohn, Pflege...

Zum Schluss, wovor fürchten Sie sich?

Karawanskij. Davor, dass ich etwas übersehe oder ungenügend beachte. (lacht) Doch dafür habe ich ja mein Büro, auf das ich mich jederzeit verlassen kann.

Büttner. Vielleicht davor, dass ich mich mal vergesse, wenn Bedenken das Mitdenken blockieren.

Es fragte: Gerlinde Krahnert



Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problem-schwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden

medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte. Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwie-



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ (Quelle: Cuba Sí)

rig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Pro-

zent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai dieses Jahres konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

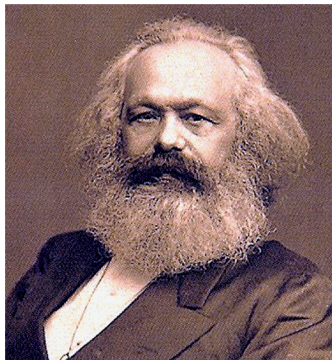
Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX
Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter: www.cuba-si.org

Karl-Marx-Jahr geht zu Ende

Vor 200 Jahren wurde am 8. Mai 1818 Karl Marx in Trier geboren. Marx fand anlässlich dieses Jubiläums und sicherlich auch wegen der weltweiten ungelösten sozialen Probleme und Widersprüche besondere Aufmerksamkeit, ja Würdigung.

Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse, eine bis dahin nicht praktizierte wissenschaftliche Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse und Zusammenhänge waren dabei von besonderer Bedeutung. Gemeinsam mit seinem Freund Friedrich Engels gelang es ihm, dem Dr. der Philosophie, auch



durch seine journalistische Tätigkeit als Chefredakteur der Rheinischen Zeitung solche Fragen zu stellen, die Zusammenhänge zwischen Interessen des Privateigentums und der Politik des bestehenden Staates aufhellen sollten. Das war bereits 1842. Er wand sich der Betrachtung der Ökonomie zu.

Wir wissen: 25 Jahre hingebungsvolle Arbeit, Gesundheit, Lebensglück und Familie hat er dabei geopfert. Am 14. 9. 1867 erschien der 1. Band des „Kapital“, sein Hauptwerk. Noch heute gilt es international

als die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Es wird anerkannt als Fundament, um die kapitalistische Gesellschaft - und nur sie hat er analysiert, zu verstehen.

Karl Marx arbeitete keine neue Gesellschaftstheorie aus, sondern analysierte das Bestehende. Er deckte Gesetzmäßigkeiten auf, machte Widersprüche deutlich und in ihrer Wirkung verstehbar. Eine hervorragende wissenschaftliche Leistung. Sie lässt uns auch die Probleme unserer Zeit verstehen. Lösungen können und müssen auf diesem Fundament gefunden werden.

Denn eine andere Welt ist nicht nur nötig, sondern möglich. *Red.*

Rüstungsexporte an Diktaturen stoppen!

Das Waffen an vermeintlich befreundete Staaten geliefert werden, ist tragisch genug, findet Stefan Liebich, Außenpolitischer Sprecher der LINKEN Bundestagsfraktion. Doch das auch Diktaturen wie Saudi-Arabien, die nachweislich mit deutschen Waffen Krieg führen, beliefert werden, muss dringend beendet werden.

Ein Jahr ist es nun her, dass die Verhandlungen um eine Jamaika-Koalition durch Christian Linder beendet wurden. Und bald ein Jahr ist es her,



Stefan Liebich, Bundestagsabgeordneter aus Berlin-Pankow, ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

dass die SPD sich erneut auf eine Große Koalition eingelassen hat.

Mächtige Worte kamen damals von den Granden der Sozialdemokratie, wie gut sie den neuen Koalitionsvertrag verhandelt hätten. Einer der wichtigsten Punkte: die deutschen Rüstungsexporte. Denn unter der Führung des SPD-Wirtschafts- und dann -Außenminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries war der Export von Rüstungsgütern in den Jahren der GroKo weiter angestiegen. Allein 2014 verdoppelte sich der Export von Kriegswaffen auf 1,8 Milliarden Euro. 2015, 2016 und 2017 stiegen

die Zahlen erneut an. Besonders fatal war hierbei der Aufwuchs der Waffenexporte in die sogenannten Drittländer. Also Länder, die wie Saudi-Arabien oder Ägypten, weder EU-Staaten noch NATO-Partner sind.

Der Export in solche, oft autokratisch, mithin auch diktatorisch regierten Länder, ist besonders verwerflich, da diese Länder deutsche Waffen nicht nur oftmals zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung nutzen, sondern in den beiden

genannten Fällen, auch für den direkten Krieg, beispielsweise im Jemen.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

Nun hatte die SPD, nach eigener Aussage, im Koalitionsvertrag mit der CDU einen wichtigen

Punkt erkämpft: den Stopp der Rüstungsexporte an alle Länder, die am Jemen-Krieg unmittelbar beteiligt sind. Mitte des Jahres 2018 sprachen die Zahlen aber eine andere Sprache. Die Liste der Rüstungsexporte im 1. Halbjahr wies noch immer Exporte nach unter anderem Saudi-Arabien, Ägypten und in die Vereinigten Arabischen Emirate auf. Mehrfach fragte ich dann schriftlich bei der Bundesregierung an, wann diese den geplanten Exportstopp umzusetzen gedenke.

Die Aussage des Wirtschaftsministeriums: Man müsse noch genauer herausfinden, welche Länder eigent-

lich tatsächlich am Krieg beteiligt sein. Was klingt wie eine Farce, ist leider Realität. Bei meiner dritten Frage gab es dann eine andere Antwort. Die schon bewilligten Exporte, würden noch geliefert, denn die Rüstungsunternehmen genießen „Vertrauensschutz“. Ab wann der Stopp denn dann gelten sollte, konnte erneut nicht beantwortet werden. Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Kontrollen über den Verbleib von Waffen nimmt die Bundesregierung nicht Ernst. Eine Anfrage der LINKEN im Bundestag ergab, dass bis 2017 genau drei Mal überprüft wurde, ob die Waffen in den Empfängerländern verblieben waren.

Fall „Kashoggi“ ändert nun vielleicht die Praxis

Tatsächlich könnte es sein, dass sich nun endlich etwas an der Exportpraxis der Bundesrepublik hinsichtlich Saudi-Arabiens ändert, und das ist nicht der katastrophalen Menschenrechtslage im Jemen geschuldet. Nach dem Mord an dem regimekritischen Journalisten Kashoggi in der saudischen Botschaft in der Türkei, verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel unter anderem einen Exportstopp für Waffen in das Königreich. Der Frage, wie deutsche Zulieferungen für europäische Gemeinschaftsprojekte wie den Eurofighter behandelt würden, wich ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums aus. Unklarheit herrschte zudem darüber, wie umfassend verkündete Stopp von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien ist.

Doch jede Waffe die weniger exportiert wird, ist erstmal eine gute Nachricht und als LINKE im Bundestag, werden wir auch weiter genau hinsehen, welche Waffen durch die Regierung wohin geliefert werden. Denn unser Ziel bleibt klar: Ein vollkommener Stopp aller Rüstungsexporte!

Mahnwache: 9. November 1938 Beginn des antisemitischen Terrors

Mit der Nacht vom 9. November 1938, die als „Reichspogromnacht“ in die Geschichte einging, begann der offene und staatlich praktizierte Terror gegen die jüdische Bevölkerung. Brannten zunächst erst die Synagogen, wie auch die in Cottbus, die gerade erst 35 Jahre zuvor in einem offiziellen feierlichen Akt unter Mitwirkung der damaligen Cottbuser Stadtgrößen eingeweiht worden war, so brannten zuletzt die Menschen.

Cottbus hatte seinen jüdischen Bürgern in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht viel zu verdanken, aber dennoch ist die jüdische Bevölkerung unserer Stadt vollständig vertrieben oder ermordet worden.

Um das Schicksal unserer verlorenen jüdischen Mitbürger nicht vergessen zu lassen, hat die AG Stolpersteine über Jahre in Archiven nach ihren Biographien geforscht. Mit 83

Stolpersteinen, die unter öffentlicher Anteilnahme in Cottbuser Gehwegpflaster eingelassen wurden, erinnern wir uns an die letzten freiwilligen Wohnstätten der Betroffenen



mitten in unserer Stadt, ehe diese zwangsenteignet, entmündigt, deportiert und/oder ermordet wurden.

Auch das Cottbuser Filmfestival hat in diesem Jahr den 80. Jahrestag der Novemberpogrome in seinen Fokus

genommen. Erinnern und Mahnen heißt auch, sich wehren gegen die Wiederkehr von Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung in unserer Gegenwart.

Am 9. November 2018 trafen sich zahlreiche Cottbuser Bürgerinnen und Bürger an verschiedenen Stolpersteinen, um der vertriebenen jüdischen Menschen zu geden-

ken. Mit Teelichtern machten sie Besucher des Cottbuser Filmfestivals und Passanten auf das Leben dieser Menschen und den bedeutsamen Tag aufmerksam, auf das er nie in Vergessenheit gerate.

Sonja Newiak

Perspektiven auf Russland von links

Kerstin Kaiser ist die Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau. Im November traf sie im Quasimono (Cottbuser Studentenklub) auf ein interessiertes Publikum. „Es geht mir nicht darum, russländische Politik zu verteidigen oder zu verurteilen. Ich spreche über meine Perspektiven und Sie machen sich ein Bild.“ So etwa leitet Frau Kaiser ihrem Vortrag ein.



Dazu dann Fragen, Meinungen, Antworten. Eine lebhaft Diskussions. Rund 84% der Deutschen lehnen die Wirtschaftssanktionen der EU-

Staaten gegen Russland ab. Vertreter der Wirtschaft selbst sehen das ähnlich. Die USA steigern gleichzeitig ihr Handelsvolumen mit russischen Partnern. Wer vertritt hier wessen

Interessen? Man muss mit russländischen Verhältnissen und Putins Politik nicht einverstanden sein. Ist es aber hilfreich, unsere jeweiligen

Maßstäbe zu Bedingungen für Politikveränderungen zu erheben? Sicher, Russland hat ein anderes Verhältnis zu Demokratie und Meinungsfreiheit als es z.B. bei uns möglich ist.

Aber die Handlungsfreiheiten sind heute vielfach größer als zu Sowjetzeiten. Der Fernsehsender Phönix überträgt fast die gesamte Militärparade zum Tag des Sieges über den deutschen Faschismus. Dass aber gleichzeitig in Moskau eine Gedenk- und Friedensdemonstration mit fast einer Million Teilnehmern stattfindet, wird in keiner deutschen Nachrichtensendung erwähnt.

Zwei Stunden Fakten und Zusammenhänge. Kerstin Kaiser verwendet immer den Begriff „russländisch“ weil Russland nicht nur Russen beheimatet, sondern nach wie vor ein Vielvölkerstaat ist.

Brita Richter

Cottbuser Umland

Weiter keine Lösung für Bahnpendler in Kolkwitz

Verkehrsministerin Schneider traf am 12.09.2018 in Kolkwitz-Gulben auf enttäuschte Bürger*innen, die der Initiative Bahnhaltedpunkte angehören. Sie musste kurzzeitig geglaubt haben, an falschen Ereignisort zu sein, denn ihr PKW- Dienstfahrzeug hielt unmittelbar an der Gruppe der Bürgerinitiative. Beim Aussteigen war sie somit von uns Protestlern umgeben. Sie konnte nicht umhin, ihr Rede-konzept zur Eröffnung der Ortsdurchfahrt L50 in Kolkwitz-Gulben zu verändern.

Bemerkenswert dabei ihre Äußerung, dass die Haltepunkte Kolkwitz und Kunersdorf (und sicher auch Raddusch) wieder durch den RE2 bedient werden sollen, denn genau dies hatte sie vormals bei einer früheren Bürgerveranstaltung in Kolkwitz vehement ausgeschlossen. Diese Sinneswandlung verbuchen wir als wenigsten kleinen Teilerfolg für uns. Bemerkenswert auch, dass die anwesenden Medienvertreter die unübersehbare Dominanz unserer Thematik

während dieser Veranstaltung kaum bzw. überhaupt nicht für erwähnenswert hielten. Lag es vielleicht daran, dass auf einigen T-shirt-Rücken das LOGO der LINKEN-Kolkwitz zu lesen war? Da könnte ich beruhigen. Mit uns waren Mitglieder der CDU und parteilose Bürger*innen.



Ihr Versprechen von 2015, dass die Misere für die Kolkwitzer und Radduscher Berufspendler nur zwei Jahre andauern und dann eine Lösung gefunden sein würde, hat Sie auf die Jahre 2020 bis 2022 verlagert, ohne sich verbindlich festlegen zu wollen. Unsere Forderung an Sie lautete deshalb:

„Eine sofortige Lösung der RE2 Problematik für unsere Berufspendler“
Wir haben protestiert, weil im aktuellen Brandenburger Nahverkehrsplan ff. Sätze zu finden sind:

„Die Halte Raddusch, Kolkwitz und Kunersdorf werden aufgrund von Fahrplanrestriktionen im Linienverlauf auch im Jahr 2018 nur von einigen Fahrten des RE2 bedient werden. Für das Fahrplanjahr 2019 ist die probeweise Einführung einer Regionalbahnlinie zwischen Lübben und Cottbus vorgesehen; bis dahin erfolgt die Bedienung im Schienenersatzverkehr.“

Anders ausgedrückt:

- Der Touristenzug, der keine Lösung für die Berufspendler darstellt, kommt entgegen dem Willen der Bürger von Kolkwitz und Raddusch.
- Der Busschienenersatzverkehr für die Pendler wird gestrichen.
- Keine Aussage und Festschreibung das irgendwann (angeblich 2022) eine Lösung und vollständige Wiederanbindung erfolgen soll

Gerd Bzdak

Dank an die freiwillige Feuerwehr

Die Mitglieder der Linksfraktion in der Gemeindevertretung Kolkwitz und der Kreistagsabgeordnete Stefan Marquäß waren zu Besuch bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Es war uns ein Bedürfnis den Kamerad*innen der FFW der Großgemeinde und deren Familienangehörigen eine Anerkennung für ihre Einsatzbereitschaft und Aufopferung in den letzten Tagen, Wochen und Monaten zu geben. Die praktische Gelegenheit dazu ergab sich, als in Eichow die Ortswehr von einem Einsatz in Zahsow zurückkehrte.

Nach Auskunft des Gemeindebrandmeisters wurden durch die ehrenamtlichen Kräfte allein in den Monaten

Juni und Juli 39 mal die Ortsfeuerwehren der Großgemeinde alarmiert.

Dabei ist insbesondere die gute Tages-



einsatzbereitschaft aller Wehren hervorzuheben.

Der Jahreszeit angemessene Getränke und Blumen gab es für die

Kamerad*innen der Eichower Ortswehr mit der ausdrücklichen Bitte, letztere an die Ehepartner/Lebensgefährten mit der Übermittlung des Dankeschöns für deren Verständnis und Unterstützung weiterzugeben.

Natürlich wären die LINKEN nicht die Linken, wenn die Gelegenheit für Gespräche und Beratungen über die Wünsche, Sorgen und Nöte der Freiwilligen nicht genutzt worden wäre. Diese Erkenntnisse werden in die Gemeindevertretung eingebracht und bei dem einen oder anderen Problem muss auch der Kreis zur Lösung beitragen.

Gerd Bzdak

100 Jahre Ermordung von Luxemburg und Liebknecht

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von reaktionären Freikorps-Offizieren ermordet. „Die Toten mahnen uns“ steht auf dem Stein der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin, wo Luxemburg und Liebknecht beerdigt sind.

Auch in Cottbus wird jedes Jahr an dieses bedeutende und traurige Ereignis erinnert. Am Samstag, den 12. Januar 2019 findet um 13:00 Uhr die zentrale Gedenkveranstaltung am Ehrenmal im Puschkinpark statt.

Anschließend präsentieren die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus das Theaterstück „Geheimsache Rosa Luxemburg“.

Um 14:30 Uhr beginnt die Vorstellung mit der Wiener Schauspielerin Anita Zieher im Brandenburgischen Landesmuseum für moderne

Kunst („Dieselkraftwerk“). Der Eintritt ist frei, es wird jedoch um eine Spende gebeten. *Red.*



Wenn Sanktionen drohen



munikation lief über WhatsApp. Die angeblichen Beleidigungen gingen dabei in Wirklichkeit vom Arbeitgeber aus. Wir fertigten Nachweise über die betreffenden Nachrichten an und schrieben hierzu einen Brief an das Jobcenter. Ergebnis: Die Sanktionen wurden ausgesetzt. Ob der ehemalige Arbeitgeber wegen Falschbeschuldigung Ärger bekam, ist mir nicht bekannt.

In meinen Gesprächen berichten mir die Bürger von ihren Sorgen und da gehören Sanktionen im Jobcenter leider dazu. Ob sie immer gerechtfertigt sind, bezweifle ich, in einem konkreten Fall weiß ich es sicher.

Ein junger Mann, der im Leben nicht immer gerade Wege ging, resozialisierte sich mit der Unterstützung seiner Frau und fand Arbeit in einem kleinen Handwerksbetrieb. Der Arbeitgeber behandelte seine Mitarbeiter nicht gut, der Lohn kam spät oder gar nicht und so kündigte der junge Mann, nach vielen vergeblichen Versuchen, eine Verbesserung in der Firma zu erreichen. Die Einladung in das Jobcenter kam und somit die Anhörung, man drohte mit Sanktion.

Grund waren die angeblichen Beleidigungen des Arbeitnehmers per Mail an seinen Chef, nur besaß der Beschuldigte gar keine Mailadresse, die Kom-

In diesem Fall konnten wir die ungerechtfertigten Anschuldigungen schnell entkräften. Aber immer wieder stehen Sozialleistungsempfänger vor Herausforderungen. So gibt es immer wieder Überraschungen, wenn die Gutschrift bei der Betriebskostenabrechnung nicht in jedem Fall zu einer Leistungskürzung führt oder die im Mietvertrag zu zahlenden Reparaturkosten zu den Kosten der Unterkunft gehören.

Deshalb vereinbaren Sie einen Termin unter 0355/22440 und wir versuchen zu helfen. Am 08. Februar 2019, von 14 - 17 Uhr, führen wir wieder eine soziale Bürgerberatung mit juristischer Unterstützung durch, melden Sie sich dazu rechtzeitig an.

*Birgit Mankour
AG Soziales*

„Links.Blick“-Abo

Verpassen Sie keine Ausgabe unserer Zeitung. Mit dem Abo bekommen Sie den „Links.Blick“ immer nach Hause geschickt. Hierfür bitten wir um eine Spende von 24,00 Euro im Jahr. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

Ihre Meinung ist gefragt!

Gern können Sie sich mit Hinweisen und Leserbriefen an uns wenden. Interessante Lesermeinungen veröffentlichen wir auch in unserer nächsten Ausgabe. Senden Sie einfach eine E-Mail an: linksblick@dielinke-lausitz.de

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Ortsvorstand Cottbus
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter
Redaktion: Christopher Neumann
Layout/Satz: André Kaun

E-Mail: info@dielinke-lausitz.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de